

Wahlprüfstein des Marburger Bündnis Nein zum Krieg Antworten von Jan Schalauske, DIE LINKE.

1. Bildung u. Friedenserziehung:

Wie soll Friedenserziehung als allgemeines Bildungsziel in der Arbeit an Kitas, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung verankert und umgesetzt werden?

Wie werden Sie die Handlungsmöglichkeiten der Hochschulen für Zivilklauseln (keine Beteiligung an Kriegsforschung) unterstützen?

*Die Bundeswehr hat als militärischer Akteur an Schulen und Ausbildungsmessen nichts zu suchen. Die bestehende Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr wollen wir aufheben. Das Zusenden von Werbematerialien der Bundeswehr ohne Einwilligung der Schüler*innen soll abgestellt werden. Zur Friedensbildung an Schulen sollte eine Kooperationsvereinbarung mit der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen (DFG-VK) und anderen zivilen Menschenrechts- und Friedensorganisationen getroffen werden.*

Durch das enorme Aufrüstungsprogramm der Ampel-Koalition stehen auch die hessischen Hochschulen immer mehr unter Druck von Rüstungsindustrie und Bundeswehr. Es ist dem gemeinsamen Kampf von friedensbewegten Studierenden und Lehrenden zu verdanken, dass in den vergangenen Jahren immer mehr Hochschulen eine sogenannte Zivilklausel eingeführt haben. Forschung, und Studium und Lehre an hessischen Hochschulen muss dem Frieden verpflichtet sein, deshalb soll nur zu zivilen, Frieden schaffenden Zwecken geforscht und gelehrt werden. Immer mehr Hochschulen führen eine sogenannte Zivilklausel ein, die Rüstungsforschung verhindern soll. Wir wollen, dass eine solche Klausel auch im hessischen Hochschulgesetz festgeschrieben wird. Zudem soll im Wissenschaftsministerium eine Kompetenzstelle „Zivilklausel“ eingerichtet werden, die die Hochschulen in dieser Frage beraten kann. Zwar ist ein Missbrauch von Forschungsergebnissen oder eine militärische Nutzung auch bei ziviler Forschung nicht immer auszuschließen, aber gerade deshalb müssen solche Dual- Use- Problematiken in der Wissenschaft kritisch und systematisch reflektiert und diskutiert werden. DIE LINKE setzt sich daher dafür ein, dass entsprechend der Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und Leopoldina an allen Hochschulen Kommissionen geschaffen werden, die für Fragen von Dual Use zuständig sind. Die Hochschulen sollen zudem die forschungsethische Reflexion stärker in den Studiengängen verankern. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE für die Stärkung und Erneuerung einer interdisziplinären Friedenswissenschaft und für internationale Wissenschaftskooperationen ein, mit dem Ziel, gerade in Zeiten des Krieges durch den wissenschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen den Ländern zu einem friedlichen und zivilen Miteinander beizutragen.

2. Kriegsprävention (Friedensgebot, Art. 69 Hessische Verfassung)

In Hessen stationiertes Aggressionspotenzial, Kasernen, Munitionslager, Rüstungsbetriebe und

Kommandozentralen sind Angriffsziele für einen Gegner, der sich bedroht sieht.

Was werden Sie unternehmen, um diese Gefahrenlage zu entschärfen, insbesondere:

Werden Sie gegen die von hessischem Boden aus gesteuerten weltweiten Kriegsvorbereitungshandlungen,

z.B. der US-Kommandozentrale in Wiesbaden, aktiv?

Werden Sie Rüstungskonversionsprogramme initiieren oder zumindest unterstützen?

Werden Sie dafür aktiv, dass Hessen per Landtagsbeschluss ein politisches Zeichen setzt für den Atomwaffenverbotsvertrag?

Ja. DIE LINKE steht zum Bekenntnis in Art. 69 der hessischen Verfassung: „Der Krieg ist geächtet.“ und „Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“ Kriege und Konflikte um Einfluss, Bodenschätze und Absatzmärkte nehmen weltweit zu. Ebenso wie geopolitische Rivalitäten zwischen den großen Blöcken. Kriege bedeuten Tod, Leid und Zerstörung. Die Leidtragenden sind immer die einfachen Menschen. Auch von hessischem Boden geht Krieg aus, denn hier werden Waffen zur Lieferung in alle Welt produziert und gehandelt. Bundeswehr, USA und NATO nutzen die hessische Infrastruktur für ihre militärischen Einsätze. Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Dieser Leitsatz von Willy Brandt gilt für uns gerade jetzt.

DIE LINKE fordert:

- Konversionsprogramme für die Rüstungsindustrie auflegen: Das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden zur Aufrüstung der Bundeswehr lehnen wir ab. Wir wollen stattdessen ein Rüstungskonversionsprogramm, mit dem die Produktion in den betroffenen Betrieben auf zivile Güter umgestellt wird. Die Arbeitsplätze wollen wir nicht nur erhalten, die Beschäftigten sollen auch eine gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit ausüben. Wir sprechen uns gegen jede Form von Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete aus. Unser Ziel ist es, die Rüstungsproduktion einzustellen und Rüstungsexporte zu verbieten.*
- Den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland: Wir fordern den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland, die im benachbarten Rheinland-Pfalz stationiert sind. Das Land Hessen sollte dem Vorbild vieler Kommunen folgen und sich zum Vertrag über das Verbot von Atomwaffen bekennen.*
- Keine Kriegsbeteiligungen in Hessen dulden: In Wiesbaden muss das Hauptquartier der US-Landstreitkräfte in Europa geschlossen werden. Durch die Stationierung weiterer Truppengattungen der US-Army wächst die Gefahr, dass die Rhein-Main-Region zu einem Hotspot in einem neuen Kalten Krieg zwischen Russland und der NATO werden könnte. Der Ausbau der militärischen Einrichtungen muss beendet und der Militärflughafen geschlossen werden. Auch die Ausweitung der Geheimdienstzentren in Hessen ist endlich zu stoppen.*
- Internationale Zusammenarbeit fördern: Das Land Hessen soll Initiativen von Kommunen, Vereinen und Verbänden zur Förderung von Solidarität und gegenseitigem Verständnis fördern und das Programm „Mayors for peace“ unterstützen. Der internationale zivile Austausch, etwa in Wissenschaft und Kultur, zwischen Partnerstädten/Partnerregionen mit Kommunen und Regionen anderer Länder soll ausgebaut werden.*

3. Öffentlicher Raum und Werbung: Zugang der Bundeswehr zu Schulen und Ausbildungsmessen sowie öffentlichen Reklameflächen zu Werbezwecken
Was wollen Sie tun, um die systematischen Versuche der BW zurückweisen, die Zivilgesellschaft zu durchdringen und ihr gesellschaftliches Akzeptanzimage aufzuwerten?

DIE LINKE fordert:

- Bildung ohne Bundeswehr: Wir wollen verhindern, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr an hessischen Schulen und auf Ausbildungsmessen für Kriegseinsätze werben dürfen. Krieg ist keine Alternative zu fehlenden Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Wir unterstützen Aktionen wie „Kein Werben fürs Sterben“ auf dem Hessentag und das*

*Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr“. Die Ausbildung von Minderjährigen zu Soldat*innen durch die Bundeswehr muss beendet werden.*

- Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr aufheben: Wir wollen die Kooperationsvereinbarung beenden, welche Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen unterstützt und vereinfacht.

In Marburg hat die Stadtfraktion Marburger Linke im Schulterchluss mit der Friedensbewegung dazu beigetragen, dass die Stadt sich die Aktion „gelben Schleifen“ für die Bundeswehr nicht zu Eigen gemacht hat und dass Werbung für die Bundeswehr auf Bussen und in Bushaltstellen verschwunden ist.

4. Der Hessentag - eine Möglichkeit, die kulturelle Vielfalt des Landes und zugleich die Fähigkeit zu Integration und Frieden zu präsentieren.

Wie soll erreicht werden, dass sich das Land als friedliches Hessen - und nicht auf einem Teil seiner Fläche als waffenstrotzender Aufmarschplatz - darstellt, wo bereits Kindern die Faszination am Waffenspektakel vermittelt wird?

DIE LINKE lehnt eine Beteiligung der Bundeswehr auf dem Hessentag ab und hat sich in den vergangenen Jahren am „Bündnis Friedlicher Hessentag“ beteiligt und/oder entsprechende Proteste parlamentarisch und außerparlamentarisch initiiert und begleitet.

5. Friedenskultur (Art. 62 in Verbindung mit Art. 69 Hessische Verfassung)

Erkennen Sie weitere Maßnahmen der Militarisierung unseres Landes, und wie wollen Sie diese zurückweisen?

Was werden Sie tun, um Feindbilder abzubauen und deren Propagierung entgegenzutreten?

Was wollen Sie tun, um der Einschränkung der Meinungsvielfalt in den Medien bis hin zur Zensur

Einhalt zu gebieten?

Wie werden Sie den Umgang mit öffentlicher antimilitaristischer Erinnerungskultur fördern?

Was werden Sie tun, um die ehrenamtliche Arbeit der Friedensinitiativen in Hessen zu unterstützen?

DIE LINKE wird alle Bestrebungen unser Land weiter zu militarisieren entschieden entgegentreten.

In Marburg hat die Stadtfraktion Marburger Linke mit ihrem Einsatz für eine Gedenkinstallation für die Opfer und Taten der Marburger Jäger einen konkreten Beitrag für eine antimilitaristische Erinnerungskultur geleistet.

6. Unterstützung von Menschen, die vor Krieg geflohen sind (Art. 7 Hess. Verfassung)

Wie werden Sie die Kommunen und ehrenamtlich tätige Initiativen unterstützen, die vor Krieg Geflüchtete betreuen?

Was werden Sie tun, um hierher geflohenen Kriegsdienstverweigerer, Desertierten und Kriegsdienstentziehenden Schutz zu gewähren?

DIE LINKE fordert:

- Sichere Fluchtwege: Landespolitische Spielräume müssen genutzt werden, um Schutzsuchende aufzunehmen. Kommunen sollen bei der Aufnahme unterstützt werden. Es braucht zudem umfassende Aufnahmekontingente über das

Resettlement-Programm des UNHCR und die Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende.

- Dezentrale und menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden: Die Erstaufnahmeeinrichtungen wollen wir auflösen, und die Menschen in kleineren, dezentralen Unterkünften und Wohnung unterbringen. Für Gemeinschaftsunterkünfte muss es verbindliche Mindeststandards und eine einheitliche und angemessene Gebührenordnung geben. Die Unterkünfte für besonders vulnerable Schutzsuchende wollen wir ausbauen und mit ausreichend geschultem Personal ausstatten. Wohnraumbörsen sollen Geflüchtete bei der Wohnungssuche unterstützen. Wohnsitzauflagen und die Residenzpflicht wollen wir abschaffen.

- Zugang zur medizinischen Versorgung ab dem ersten Tag: Wir wollen uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft wird. Asylsuchende sollen eine elektronische Gesundheitskarte bekommen und die Kostenübernahme von Sprachmittlung durch die Krankenkassen erfolgen. Die psychosoziale Versorgung von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte muss ausgebaut und längerfristig finanziert werden.

- Sofortiger Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende: Arbeitsverbote wollen wir abschaffen und Neuankommenden die Erwerbstätigkeit ab dem ersten Tag ermöglichen.

- Deutschkurse für alle, unabhängig vom Aufenthaltsstatus: Die bestehenden Angebote müssen ausgebaut werden und für alle Zugewanderten offenstehen.

- Faire Asylverfahren und gute Beratungsstrukturen: Unabhängige Rechts- und Verfahrensberatung muss flächendeckend ausgebaut und nachhaltig finanziert werden.

- Bleiberecht statt Abschiebung: Es braucht eine Stichtag-unabhängige und vereinfachte Bleiberechtsregelung für langfristig Geduldete, spätestens nach 5 Jahren Aufenthalt. Abschiebungen und Abschiebungshaft lehnen wir ab. Insbesondere fordern wir einen Abschiebestopp in Kriegs- und Krisengebiete dieser kann und muss auf Landesebene verhängt werden. Abschiebungen aus Bildungseinrichtungen, Kindertagesstätten und Krankenhäusern sollen verboten werden. Die Abschiebehafteinrichtung in Darmstadt-Eberstadt muss geschlossen werden und die Mittel einer unabhängigen Rechtsberatung zu Gute kommen.

- Umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und solidarisches Einwanderungsrecht: Das Recht auf Bewegungsfreiheit darf nicht vom Zufall des Geburtsorts oder der ökonomischen Verwertbarkeit abhängig sein. Wir setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert.

- Fluchtursachen effektiv bekämpfen: Wir wollen die Verhältnisse verändern, die immer wieder zur Flucht zwingen und Hilfe notwendig machen. Statt weiter systematisch Fluchtursachen wie Waffen, Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir deshalb globale Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten unterstützen und Menschen in Not effektiv helfen.

- Kriegsdienstverweigerung als Aufenthaltsgrund anerkennen: Für Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und Reservisten muss schnellstens eine vereinfachte Visavergabe eingeführt und umgesetzt werden, die für den betroffenen Personenkreis eine unkomplizierte Einreise in den Schengen-Raum aus humanitären Gründen ermöglicht. Es braucht einen wirksamen Schutz der Betroffenen vor Verfolgung in ihren Heimatländern durch die schnelle und unbürokratische Erteilung eines sicheren und rechtsverbindlichen Aufenthaltsstatus gewährt wird.

7. Beendigung von Kriegshandlungen.

Haben Sie den Eindruck, dass Rüstungsexporte ein geeignetes Mittel sind, um Flucht vor Krieg und Zerstörung zu vermeiden? Was soll das Bundesland Hessen tun, um der 'Politik der Zeitenwende' zu widersprechen, dass der Krieg mit Waffen befeuert werden müsse bis zum Sieg - weil nämlich der Frieden gewonnen werden muss ("Verhandeln statt Schießen!")?

DIE LINKE hat im Hessischen Landtag mehrfach der „Politik der Zeitenwende“ widersprochen, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete abgelehnt und Abrüstung statt Aufrüstung gefordert. Sie ist die einzige im Parlament vertretene Fraktion, die sich diesen Grundsätzen verpflichtet fühlt. Wäre sie in der nächsten Legislatur nicht mehr im Landtag vertreten, gäbe es keine friedenspolitische Stimme gegen Rüstungsexporte, Kriegshandlungen und Aufrüstung.